

# Österreichs Direktinvestitionen und die EU-Erweiterung

René Dell'mour

## I Einleitung

Direktinvestitionen (DI) österreichischer Unternehmer bzw. österreichischer Unternehmen sind ein historisch sehr junges Phänomen. Zwar reichen einige der heute noch bestehenden Firmenverflechtungen bis in das 19. Jahrhundert zurück, doch waren sie nicht das Ergebnis einer gezielten Internationalisierungsstrategie, sondern vielmehr Folge des Zerfalls der Monarchie. Betrachtet man jene Periode, für die einigermaßen verlässliche und vergleichbare Zahlen aus der Zahlungsbilanz vorliegen, so zeigt sich, dass in den Sechzigerjahren wenige Zehntel Promille des BIP, in den Siebzigerjahren etwa 1% und bis 1988 nie mehr als 4% des BIP pro Jahr netto im Ausland investiert worden sind. Als Konsequenz dieser Zurückhaltung ergab sich, dass etwa um 1980, als der weltweite Bestand an grenzüberschreitenden, strategischen Firmenbeteiligungen bereits rund 5,5 bis 6% des Weltbruttosozialprodukts ausmachte, der österreichische Unternehmensbesitz im Ausland nur 0,7% des österreichischen BIP erreichte.<sup>1)</sup>

Bezeichnend ist auch die Tatsache, dass Erhebungen zu den aktiven Direktinvestitionsbeständen Österreichs – seitens der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) – erst Mitte der Siebzigerjahre einsetzen. Dieser Rückstand in der Internationalisierung um 1980 hat eine Reihe von Ursachen: Zunächst war Österreich nach den Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg Kapitalimporteur und musste sich auf den Aufbau der eigenen Wirtschaftsstruktur konzentrieren. Nach dem Ende der Rekonstruktionsperiode stand die vorwiegend klein- und mittelbetriebliche Struktur einer massiven Internationalisierung entgegen: Die wenigen großen, im internationalen Vergleich allenfalls mittelgroßen Unternehmen waren überwiegend direkt oder indirekt verstaatlicht und konzentrierten sich auf ihre Inlandsaktivitäten. Auch sah die Wirtschaftspolitik jener Jahre keinen Grund, Auslandsbeteiligungen österreichischer Unternehmen zu fördern, die unmittelbare Schaffung von Wertschöpfung im Inland stand im Vordergrund. Auch war die Lage Österreichs am Eisernen Vorhang ein Hindernis: Anders als für weltweit operierende multinationale Konzerne scheint für kleinere Unternehmen die räumliche Nähe eine Rolle bei Auslandsengagements zu spielen.

Mit der Ostöffnung im Jahr 1989 ändert sich das Bild dramatisch: Bereits 1989 erreichten die Nettoinvestitionen am Beteiligungskapital 0,67% des BIP, und seit 1990 liegen die aktiven DI-Flüsse im Mittel knapp unter 1% des BIP. Gleichzeitig war weltweit eine Welle von grenzüberschreitenden Firmenübernahmen, wechselseitigen Beteiligungen und Neustrukturierungen zu beobachten, die auch Österreich nicht unberührt ließen. Auch die Verstaatlichte Industrie startete bereits in den Achtzigerjahren Internationalisierungsprojekte, und die letzten Kapitalverkehrskontrollen wurden seitens der OeNB im November 1991 abgeschafft.

Welche Rolle die Staaten Mittel- und Osteuropas einschließlich der Balkanstaaten bei der Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft gespielt haben, zeigt Tabelle 1.

1 UNCTAD: *World Investment Report 2001, Annex Tabelle B5.*

**Aktive Direktinvestitionsströme Österreichs**

**in Prozent des BIP im Zeitraum von 1992 bis 2001**

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	in % des BIP									
Insgesamt	0'89	0'64	0'63	0'48	0'84	0'97	1'30	1'58	1'77	1'40
MOEL-19	0'25	0'26	0'22	0'23	0'23	0'52	0'41	0'53	1'17	1'13
Rest der Welt	0'64	0'38	0'41	0'25	0'60	0'45	0'89	1'05	0'60	0'27

Quelle: OeNB.

Als Ergebnis des verstärkten Auslandsengagements hat Österreich am Globalisierungsboom der Neunzigerjahre zumindest mithalten können. Zum Jahresende 1999 betrug der Wert der österreichischen Auslandsbeteiligungen mehr als 19 Mrd EUR bzw. 9% des BIP. Damit liegt Österreich zwar immer noch um 7 Prozentpunkte hinter dem aktuellen weltweiten Niveau, zumindest *relativ* hat jedoch der Abstand deutlich abgenommen.<sup>1)</sup>

In Mittel- und Osteuropa hat Österreich aber sogar in absoluten Werten eine prominente Rolle als Investor erreicht.

Daten des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) zufolge<sup>2)</sup> liegt Österreich in einigen Ländern im Spitzenfeld der Investoren. So ist Österreich in Slowenien und Kroatien mit 45 bzw. 30% am jeweiligen DI-Kapitalstock der mit Abstand bedeutendste ausländische Investor. In Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik liegt Österreich mit etwa 10 bis 20% des Auslandskapitals jeweils hinter Deutschland und den Niederlanden an dritter Stelle.

Die außerordentliche Bedeutung, die dem Raum Mittel- und Osteuropa für Österreichs unternehmerisches Auslandsengagement zukommt, und das daraus resultierende herausragende Interesse Österreichs an der wirtschaftlichen Entwicklung der Beitrittswerber lässt sich auch anhand eines anderen Datensatzes belegen. So entfallen dem erwähnten UNCTAD-Bericht zufolge nur wenig mehr als 2% des weltweiten DI-Bestands auf diese Region. Für Österreich liegt das Gewicht dieser Region zum Jahresende 1999 hingegen bei rund 30%. Zieht man die Tatsache in Betracht, dass in den Jahren 2000 und 2001 zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von mehr als 4 Mrd EUR geflossen sind,<sup>3)</sup> ergibt sich für den Jahreswechsel 2001/02 sogar ein Gewicht von annähernd 40%. Auch im Vergleich mit anderen (westlichen) Ländern in ähnlicher geografischer Lage nimmt Österreich eine einzigartige Position ein. In Dänemark und Deutschland beträgt das Gewicht der entsprechenden Ländergruppe 6 und 5%.<sup>4)</sup> Finnland und Schweden kommen auf etwa 3 und 2%, die Schweiz, Sitz zahlreicher multinationaler Gesellschaften, auf weniger als 2%. Für US-amerikanische Konzerne ist dieser Raum mit einem Anteil von unter 1/2% so gut wie bedeutungslos.

1 UNCTAD (2001).

2 WIIW-WIFO Database, Februar 2002.

3 Damit wurde in diesen beiden Jahren zusammen genommen mehr investiert als in der Periode 1993 bis 1999. Vermutlich erfolgt dieser neuerliche Boom bereits im Hinblick auf die künftige Integration dieses Raums in die Europäische Union.

4 EUROSTAT (New Cronos, Stand: 4. Februar 2002).

Eine wachsende Zahl österreichischer Unternehmen hängt damit nicht nur über den Außenhandel von der wirtschaftlichen Entwicklung im Erweiterungsgebiet ab, zunehmend gewinnt auch der wirtschaftliche Erfolg ausländischer Produktionsstandorte für österreichische Mutterunternehmen an Bedeutung. Um mögliche Auswirkungen eines künftigen EU-Beitritts der EU-Beitrittsländer auf die dort angesiedelten österreichischen DI-Unternehmen (Tochterunternehmen) und indirekt auf deren heimische Mutterunternehmen beurteilen zu können, scheint eine genauere Porträtierung dieses Unternehmenssamples sinnvoll.

## 2 Charakteristika der Tochterunternehmen

Zum Jahresende 1999 unterhielt Österreich 1.019 DI-Beziehungen<sup>1</sup>) in die Kandidatenländer, das investierte Gesamtkapital belief sich auf 5,3 Mrd EUR und die Zahl der im Ausland beschäftigten Personen (anteilsgewichtet) betrug mehr als 199.000. Damit entfallen zahlenmäßig beinahe die  *Hälfte der österreichischen Auslandsbeteiligungen*, mehr als ein  *Viertel des investierten Kapitals* und  *60% der Auslandsbeschäftigten* auf diese 13 Länder. Vier der sechs wichtigsten Zielländer österreichischer DI zählen zu den Kandidatenländern: Allen voran steht Ungarn mit 404 Beteiligungen (vor Deutschland mit 325), gefolgt von der Tschechischen Republik mit 257 Beteiligungen (vor der Schweiz mit 137), sowie Polen (105 Beteiligungen) und der Slowakischen Republik (101 Beteiligungen). Drei dieser vier aus österreichischer Sicht mit Abstand wichtigsten Zielländer gehörten bereits zur ersten Runde der Beitrittskandidaten und waren auch schon sehr früh das Ziel österreichischer Investitionen. Auf diese vier Staaten konzentriert sich das österreichische Interesse: Innerhalb der Kandidatenländer spielen sie mit 85% der Beteiligungen, 78% des Kapitals und 91% der Beschäftigten eine herausragende Rolle.

Nennenswerte Aktivitäten entfalteteten österreichische Unternehmen daneben noch in Slowenien (65 Beteiligungen) und Rumänien (43 Beteiligungen). Hingegen gab es in Bulgarien – ebenso wie in den Baltischen Staaten – Ende 1999 nur jeweils 10 österreichische Beteiligungen. In den drei Kandidatenländern, die nicht zu den Transformationsökonomien zählen, halten Österreicher 22 Beteiligungen (davon 12 in Malta) mit insgesamt nur 217 Beschäftigten, aber immerhin mit einem investierten Kapital in Höhe von 278 Mio EUR.

Schon diese erste Übersicht zeigt die herausragende Bedeutung der Beitrittsländer für die aktive Internationalisierung Österreichs. Die Zahl der Beteiligungen in Ungarn und der Tschechischen Republik ist annähernd gleich groß wie in der gesamten EU, die Zahl der in ungarischen DI-Unternehmen Beschäftigten  *alleine* entspricht der gesamten Beschäftigtenzahl österreichischer Tochterunternehmen in der EU. Nur bei der Höhe des investierten Kapitals sind die Gewichte deutlich anders gelegen. Die Investitionen in Kandidaten-

1 Die Erfassung von DI erfolgt ab einem Schwellenwert von 1 Mio ATS (rund 72.700 EUR) für das investierte Eigenkapital. Auf Grund der Erfahrung bei der Einführung des Schwellenwerts kann man davon ausgehen, dass die Anzahl der Beteiligungen ohne diesen Schwellenwert um bis zu 50% höher sein könnte, dass aber der Effekt auf das Gesamtvolumen oder bei den Beschäftigten vernachlässigbar ist (unter 5%).

**Direktinvestitionsbestände zum Jahresende 1999:**

**Anzahl, Gesamtkapital und Beschäftigte nach Regionen**

Zielland	Beteiligungen		Beschäftigte		Kapital	
	Anzahl	in Mio EUR	Anzahl	pro Beteiligung	pro Beteiligung	Kapital pro Beschäftigtem
Ungarn	404	1.673	49.288	122	4'1	34
Tschechische Republik	257	1.291	32.934	128	5'0	39
Polen	105	560	14.487	138	5'3	39
Slowakische Republik	101	573	11.774	117	5'7	49
Slowenien	67	558	4.086	61	8'3	137
Rumänien	43	174	4.797	112	4'0	36
Bulgarien	10	113	1.245	124	11'3	91
Baltische Staaten	10	22	370	37	2'2	60
Restliche Beitrittskandidaten <sup>1)</sup>	22	278	217	10	12'6	1.282
Sonstige MOEL	101	531	9.127	90	5'3	58
EU-15	664	8.463	50.360	76	12'7	168
Restliches Europa	145	1.195	2.614	18	8'2	457
Rest der Welt	243	3.607	17.866	74	14'8	202
Aktive DI insgesamt	2.172	19.039	199.164	92	8'8	96
Beitrittskandidaten	1.019	5.242	119.197	117	5'1	44
Andere Länder	1.153	13.797	79.966	69	12'0	173

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Malta, Zypern, Türkei.

ländern zeichnen sich durch relativ geringe Kapitalintensität und (zumindest relativ) hohe Beschäftigtenzahlen aus.

In diesem Punkt ähneln sie auch den übrigen „Ostinvestitionen“, die in Ländern außerhalb des Kreises der Beitrittskandidaten liegen. Diese 101 Beteiligungen verteilen sich auf Kroatien (60), die Ukraine (17) und Russland (14), die übrigen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien und Albanien.

Bei den DI im restlichen Europa handelt es sich vorwiegend um jene in der Schweiz (neben Norwegen, Jersey und Guernsey). Vergleicht man den Anteil außereuropäischer Ziele österreichischer Investoren (Anzahl und Beschäftigte 10%, Gesamtkapital 20%) mit EU-Werten,<sup>1)</sup> so zeigt sich deutlich, dass die *räumliche Entfernung* für österreichische (mittelbetriebliche) Investoren eine nicht unbedeutende Rolle spielt, bzw. dass – aus anderer Perspektive – österreichische „Leitbetriebe“ mit weltweitem Aktionsradius<sup>2)</sup> in der österreichischen Unternehmenslandschaft fehlen.

Die Bedeutung der Entfernung für österreichische DI zeigt sich jedoch nicht nur im internationalen Vergleich, sie lässt sich auch regionalökonomisch nachweisen, indem man das Herkunftsbundesland des Investors mit dem Zielland der Investition in Beziehung setzt (Tabelle 3). Vergleicht man die Ziellandstruktur je Bundesland mit dem gesamtösterreichischen Durchschnitt, so wird eine markante Bevorzugung der Nachbarländer ersichtlich. Burgenländische Investoren engagieren sich tatsächlich fast ausschließlich in Ungarn, niederösterreichische Investoren sind in der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik deutlich überrepräsentiert, Investoren aus Kärnten konzentrieren sich von allen Bundesländern am stärksten auf Slowenien und die

1 Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben mehr als 40% ihres DI-Kapitals außerhalb Europas veranlagt (EUROSTAT, European Union Foreign Direct Investment Yearbook 2000, S. 98f.).

2 Siehe dazu Clement (2001).

sonstigen MOEL (de facto Kroatien). Wien – mit 931 Beteiligungen – beeinflusst den Durchschnittswert sehr stark, doch ist eine deutliche Ostorientierung unübersehbar. Der gesamte Beitrittsraum – ausgenommen Slowenien – ist leicht überrepräsentiert, während Westeuropa und überraschenderweise auch die außereuropäischen Zielgebiete nur unterdurchschnittlich vertreten sind.

Tabelle 3

### Anzahl aktiver Direktinvestitionsbeziehungen

#### nach Herkunftsbundesland und Zielland zum Jahresende 1999

Zielland	Wien	Steiermark	Oberösterreich	Salzburg	Tirol	Kärnten	Vorarlberg	Burgenland	Niederösterreich	Bundesländer insgesamt
	in %									
Ungarn	20	17	12	19	8	30	12	73	18	19
Tschechische Republik	13	6	14	9	4	13	3	3	16	12
Polen	6	3	5	3	5	2	2	10	5	5
Slowakische Republik	6	2	2	7	0	4	1	3	7	5
Slowenien	3	7	2	4	0	9	0	3	2	3
Balkanstaaten <sup>1)</sup>	3	3	2	1	0	2	1	3	2	2
Baltische Staaten	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
Restliche Beitrittskandidaten <sup>2)</sup>	2	1	1	1	0	0	0	0	1	1
Sonstige MOEL	5	8	2	3	0	10	6	0	4	5
EU-15	27	31	40	34	54	23	35	3	28	31
Restliches Europa	5	4	7	10	12	4	21	0	5	7
Rest der Welt	9	17	14	10	16	3	19	0	12	11
Anzahl (= 100%)	931	186	321	135	74	94	117	30	284	2.172

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Bulgarien, Rumänien.

<sup>2)</sup> Malta, Zypern, Türkei.

Die am stärksten ausgeprägte Westorientierung haben Tirol und Vorarlberg, wobei Tirol den Spitzenplatz hinsichtlich der Orientierung auf die EU einnimmt (54%, vor allem in Italien und Deutschland), während sich Vorarlberg besonders stark auf die Schweiz konzentriert. Oberösterreich weist ebenfalls enge Beziehungen zur EU auf (in erster Linie zu Deutschland), hat aber gleichzeitig auch mehr Investitionsprojekte in der Tschechischen Republik als andere Bundesländer. Die Steiermark hat etwas überhöhte Anteile in Slowenien und Kroatien (sonstige MOEL), während Salzburger Investoren keine klaren regionalen Präferenzen erkennen lassen. Zwar gehen 83 von 243 DI, die österreichische Unternehmen außerhalb Europas zum 31. Dezember 1999 unterhalten haben, von Wien aus, in relativer Sichtweise haben hingegen Vorarlberg, Tirol und die Steiermark den weitesten Investitionshorizont. Außereuropäische Zielgebiete sind in diesem Zusammenhang in erster Linie die USA, Kanada und Australien.

Die Entfernung scheint für die österreichischen DI schließlich auch noch für die Art der wirtschaftlichen Aktivität eine Rolle zu spielen. Unterscheidet man vorwiegend *vertikal* strukturierte multinationale Unternehmen (Helpman-Fall), wo die Auslandsinvestition in erster Linie von der unterschiedlichen Faktorausstattung und den damit verbundenen Kostenunterschieden ausgelöst wird, von *horizontal* integrierten Konzernen (Markusen-Venables-Fall), wo DI in ähnlich ausgestatteten Ländern vor allem aus Gründen der Transport- bzw.

Transaktionskosten getätigt werden,<sup>1)</sup> so zeigen sich in der Branchenstruktur der österreichischen DI in den Beitrittsländern Indizien für eine angesichts des unterschiedlichen Lohnniveaus überraschend große Rolle horizontaler Integration.

Tabelle 4

**Branchenstruktur aktiver Direktinvestitionen**

**gemessen am investierten Kapital zum Jahresende 1999**

Branche der ausländischen Tochter	Aktive DI		Branche nach NACE	Anmerkung	Aktive DI Österreichs		
	EU-15	Österreich			in den Beitrittsländern	im Rest der Welt	insgesamt
	1	2			4	5	6
	in %				in %		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0'1	0'0	A+B		0'0	0'0	0'0
Bergbau; Steine-, Erdengewinnung	6'8	1'3	C	inkl. E	1'4	2'3	2'1
Sachgütererzeugung	35'1	25'4	D		35'3	21'7	25'4
Nahrungs- und Genussmittel	4'5	2'0	DA		5'9	0'5	2'0
Textilien, Bekleidung, ohne Leder			DB	inkl. DC	1'2	0'3	0'5
Holz			DD		0'6	1'5	1'3
Papier, Druck, Verlag	2'7	3'9	DE		3'1	1'7	2'1
Chemie, Kunststoff, Mineralöl	11'8	4'2	DF-DH		7'4	3'0	4'2
Metall, Maschinenbau	4'6	5'4	DJ DK		2'8 1'1	4'3 1'7	3'9 1'6
Büromaschinen, Nachrichtentechnik	3'9 <sup>2)</sup>	1'9 <sup>2)</sup>	DL <sup>2)</sup>		2'1 <sup>1)</sup>	3'8 <sup>1)</sup>	3'3 <sup>1)</sup>
Fahrzeugbau	2'9	0'4	DM		0'8	0'3	0'5
Rest: Leder, Elektro, Messtechnik, Glas, Steinwaren, Möbel, Sportgeräte, Recycling	4'6	7'6	DC+DL <sup>1)</sup> DI		9'6	4'2	5'7
Energie- und Wasserversorgung	4'0	0'7	DN		0'8	0'2	0'4
			E	zu C	x	x	x
Bauwesen	0'6	2'1	F		3'8	1'5	2'1
Handel	6'7	13'4	G		17'8	11'8	13'5
Hotels, Gaststätten	0'6	0'7	H		1'9	0'1	0'6
Verkehr, Nachrichten	7'8	0'36	I		0'5	0'3	0'34
Kredit- und Versicherungswesen	20'0	21'8	J		29'0	19'0	21'8
Unternehmensbezogene Dienste	16'1	33'6	K		9'6	42'7	33'6
Sonstige Dienstleistungen	1'8	0'7	L-Q		0'8	0'6	0'6
	in Mrd EUR				in Mrd EUR		
Insgesamt	2.380'0	19'04			5'24	13'80	19'04

Quelle: OeNB, EUROSTAT.

<sup>1)</sup> Mit Wirtschaftsabteilungen 31 und 33.

<sup>2)</sup> Ohne Wirtschaftsabteilungen 31 und 33.

1 Siehe dazu Egger und Pfaffermayr (2000).

Die Tabelle 4 vergleicht einerseits die Gesamtheit der österreichischen DI mit jenen der EU (Spalten 1 und 2), andererseits zeigt sie die Struktur der österreichischen DI in den 13 Ländern des Erweiterungsraums in einer Gegenüberstellung zu allen anderen österreichischen DI (Spalten 4 und 5). Die Gliederung nach wirtschaftlichen Aktivitäten (NACE) folgt der Branchenzugehörigkeit des ausländischen Tochterunternehmens,<sup>1)</sup> gemessen wird das investierte Kapital.

Im Bereich der *Primärproduktion* ist zunächst festzuhalten, dass in der Land- und Forstwirtschaft kaum DI getätigt werden, was angesichts der strikten Regulierung des landwirtschaftlichen Grunderwerbs in vielen Ländern kaum überrascht. Quantitativ bedeutsam sind im Allgemeinen hingegen die DI im Bergbau, wobei auffällt, dass diese für Österreich so gut wie keine Rolle spielen, ein erster Hinweis darauf, dass österreichische multinationale Unternehmen nicht dem Bild des international fragmentierten Produktionsprozesses (von der Rohstoffgewinnung bis zum Absatz des konsumreifen Endprodukts) entsprechen. Ähnlich unbedeutend sind DI im Bereich der Energie- und Wasserversorgung, der in der österreichischen DI-Statistik mit dem Bergbau zusammengefasst wird. Hier dürfte in erster Linie das dominierende öffentliche Eigentum entscheidend sein, das – abgesehen von gemeinsam betriebenen Kraftwerken an Grenzflüssen – nicht nur ausländische Investitionen in Österreich, sondern gleichzeitig auch aktive DI verhindert hat. Die Rolle dieser beiden Sektoren ist in Osteuropa sogar noch geringer als in allen anderen Ländern.

In der *Sachgüterproduktion* fällt zunächst auf, dass Österreich mit nur 25% generell einen um 10 Prozentpunkte niedrigeren Anteil aufweist als die EU insgesamt. Am stärksten ausgeprägt ist der Abstand in der Chemieindustrie. Einen Vorsprung hat Österreich nur in technologisch scheinbar weniger anspruchsvollen Branchen wie Textil, Holz und Papier, in der Metallindustrie und einer sehr heterogenen Restkategorie, die sich aus der Lederindustrie, der Baustoffindustrie, Teilen der Elektroindustrie (dem Starkstrombereich und der Medizin-, Steuer- und Regeltechnik sowie Optik) und dem NACE-Abschnitt DN (Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und Recycling) zusammensetzt. In der Fahrzeugindustrie, der Elektronikindustrie (Büromaschinen, Nachrichtentechnik), aber auch in der Nahrungsmittelindustrie ist das österreichische Engagement insgesamt unterdurchschnittlich. Dabei spiegelt sich in der Struktur des ausländischen Tochterunternehmens in gewisser Weise auch die inländische Branchenstruktur – es fehlt etwa eine nennenswerte Büromaschinenindustrie oder eine eigenständige Fahrzeugindustrie, weil eine hohe Korrelation zwischen der Aktivität des Mutter- und des Tochterunternehmens besteht.<sup>2)</sup>

Trennt man die Beitrittswerber von den übrigen DI-Zielen (Spalten 4 und 5), so zeigt sich, dass in den Kandidatenländern das Gewicht der Sach-

1 *Bedauerlicherweise sind die beiden Aufgliederungen (Spalten 2 und 6) trotz identer Gesamtsumme nicht völlig deckungsgleich; die unterschiedliche Zusammenfassung wird in der Branchenbezeichnung bzw. als Anmerkung erläutert.*

2 *In beinahe der Hälfte der Fälle stimmt die Branche von Mutter- und Tochterunternehmen überein; relativ häufig sind auch Investitionen von (produzierenden) Mutterunternehmen in ausländische Handelsunternehmen (siehe dazu Dell'mour, 2000, S. 72).*

güterproduktion mit 35% viel eher der internationalen Norm entspricht als die sonstigen, überwiegend westlich orientierten Investitionen österreichischer Unternehmen. Dabei lassen sich auch einige Schwerpunkte identifizieren, wo der Anteil sogar deutlich überdurchschnittlich ist (gemessen am EU-Mittel). Das ist vor allem in der Nahrungsmittelindustrie (mit den Schwerpunkten Zucker, Stärke, Fleischwaren und Bier), in der Papierindustrie (einschließlich Verpackungen) und in der Baustoffindustrie (Zement, Ziegel, Glas) der Fall. Bei den genannten Produktgruppen fällt auf, dass die Transportkostenbelastung im internationalen Handel relativ hoch ist. Bei diesen DI handelt es sich eher um Fälle horizontaler Integration, wo regional begrenzte Märkte mit lokaler Produktion versorgt werden, wobei dank der Auslandsinvestition zentral anfallende Overheadkosten (z. B. Entwicklung von neuen Prozessen oder Produkten) auf größere Märkte verteilt werden können. Dass trotz starker Unterschiede in der Faktorausstattung zwischen Österreich und den Transformationsländern *horizontale* Integrationsformen im Vordergrund stehen, ist überraschend und steht beispielsweise im Gegensatz zur Situation deutscher Investitionen auf diesem Gebiet.<sup>1)</sup> Eine Ursache mag darin liegen, dass die nötigen Größenordnungen für eine aktive vertikale Strukturierung in Österreich nicht gegeben sind. Österreichische Unternehmen dürften vorwiegend als passive Teilnehmer, beispielsweise als Zulieferer und Komponentenfertiger in der Automobilindustrie, in solche weltweiten Produktionsprozesse eingebunden sein.

Generell überrepräsentiert, insbesondere in Osteuropa, ist auch die *Bauwirtschaft*, deren Aktivitäten ebenfalls nicht in Konkurrenz zur heimischen Produktion stehen.

Räumliche Nähe zu den Märkten ist natürlich auch ein Erfordernis für die Erbringung der meisten *Dienstleistungen*. Österreichs Stärken im Vergleich zur EU liegen im tertiären Sektor, vor allem im Handel und im Sektor Realitätenwesen und unternehmensbezogene Dienstleistungen, während im Bereich Verkehr und Nachrichtenwesen zum Jahresende 1999 nur unbedeutende Auslandsinvestitionen existierten. Anzumerken ist, dass im Sektor Realitätenwesen und unternehmensbezogene Dienstleistungen auch eine Vielzahl von Holdinggesellschaften enthalten ist, was die Branchengliederung für Investitionen „im Westen“ etwas beeinträchtigt. Im Rahmen von Investitionen in den Beitrittsländern kommen Holdings nur vereinzelt vor; dort spielen Immobilienentwicklungen, Leasinggesellschaften und Dienstleistungen im traditionellen Sinn (Werbung, Marktforschung, Unternehmensberatung, Reinigung, etc.) eine größere Rolle. Zentral für Österreichs Ostinvestitionen sind hingegen die Aktivitäten im *Handel* und im *Kredit- und Versicherungswesen*. 18% des im Beitrittsgebiet investierten Kapitals entfallen auf den Handel und beinahe 30% auf das Kredit- und Versicherungswesen. Beim Handel geht es sowohl um die Erweiterung des Netzes westeuropäischer Einzelhandelsketten als auch um die Einrichtung von Betrieben des Großhandels, die vorwiegend dem Vertrieb „eigener“ Produkte dienen. Bei den Finanzintermediären ist anzumerken, dass in dieser Zahl die Großinvestitionen der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG in der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik,

1 Siehe dazu Altzinger et al. (2000, S. 24).

sowie die Fusion der Bank Austria AG mit der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG und die damit verbundene verstärkte Konzentration auf den Raum Mittel- und Osteuropa noch nicht enthalten sind. Sowohl für die Banken als auch für die Versicherungen gilt, dass die räumliche Expansion nach Mittel- und Osteuropa angesichts eines gesättigten Heimatmarktes und sehr starker Konkurrenz in Westeuropa durch wesentlich größere Mitbewerber wohl die einzige Chance zu stärkerem Wachstum bot. Der Finanzmarktstabilitätsbericht der OeNB<sup>1)</sup> berichtet, dass sich die Aktivitäten der österreichischen Kommerzbanken in Mittel- und Osteuropa bis zur Jahresmitte 2001 auf 38 Banken mit mehr als 2.000 Geschäftsstellen und 43.000 Beschäftigten erweitert haben. Diesem Bericht zufolge betrug die Bilanzsumme zum genannten Zeitpunkt bereits 45 Mrd EUR, die Marktanteile österreichischer Bankentöchter lagen zwischen 5% in Slowenien und 40% in der Slowakischen Republik.

Die hervorragende Rolle der Gewinnung von Marktanteilen bzw. des Marktzugangs auch für Investitionen im osteuropäischen Raum lässt sich auch aus den Antworten auf die Frage nach dem Motiv für die Vornahme der Direktinvestition ablesen.

Als dominierendes Motiv für grenzüberschreitende Firmenbeteiligungen österreichischer Investoren wird generell der *Marktzutritt* genannt (Tabelle 5). Mehr als 70% der DI erfolgen aus diesem Grund und für Investitionen in den Beitrittsländern gilt dies ebenso.

Tabelle 5

**Motiv für die Auslandsbeteiligung; Erhebung 1999**

	Arbeitskosten	Steuerliche Erwägungen	Marktzutritt (Absatzsicherung)	Bezugs-sicherung (Rohstoffe)	Sonstige/ mehrere Gründe	Beteiligungen
	in %					Anzahl
Beitrittsländer	6'1	0'4	72'4	3'2	17'9	1.019
EU-15	0'6	2'4	70'0	2'0	25'0	664
Rest der Welt	1'4	3'5	73'4	3'3	18'4	489
Insgesamt	3'4	1'7	71'9	2'9	20'2	2.172

Quelle: OeNB.

Gleichzeitig weist diese Tabelle darauf hin, dass doch auch die Faktorausstattung für Investitionsentscheidungen maßgeblich gewesen sein kann. Immerhin in 6% der Fälle nennen Investoren in den Beitrittsländern das möglicherweise tabuisierte und daher weniger häufig genannte Motiv der Arbeitskosten als Grund für die Investition. Damit entfallen immerhin 62 von insgesamt 73 Investitionen, die vom Motiv der Arbeitskosten bestimmt sind, auf die Beitrittsländer. In diesen 62 Unternehmen, vorwiegend in den Branchen Elektronik- und Textilindustrie, arbeiten insgesamt (anteilsbewichtet) 25.000 Menschen. Mit durchschnittlich 400 Beschäftigten sind diese Unternehmen auch viermal so groß wie der Durchschnitt.

1 OeNB (2001, S. 50f).

Die überproportional häufige Nennung des Arbeitskostenmotivs – und das gänzliche Fehlen steuerlicher Gründe – tragen wesentlich zur hohen Signifikanz der Unterschiede bei (Chisq = 78·5 bei 8 Freiheitsgraden).<sup>1)</sup>

Dass Arbeitskosten möglicherweise auch dann eine Rolle spielen, wenn sie nicht explizit als Motiv genannt wurden, macht die Tabelle 6 deutlich, die die österreichischen Auslandsbeteiligungen nach Größenklassen zeigt.

Die bereits angesprochene unterschiedliche Kapitalausstattung bzw. das unterschiedliche Beschäftigungsniveau je Beteiligung sind nicht etwa die Folge einzelner statistischer Ausreißer. Sowohl ein Mann-Whitney-Rangtest<sup>2)</sup> mit den Rohdaten als auch der gewöhnliche Chi-Quadrat-Test der klassifizierten Daten verweisen auf (höchst) signifikante Unterschiede in der Größe von Beteiligungen in den Beitrittsländern und anderswo.

Tabelle 6

**Anzahl der Beteiligungen nach Beschäftigtengrößenklassen  
und Zielland zum Jahresende 1999**

Zielland	0 bis 1	2 bis 10	11 bis 100	101 bis 1.000	Mehr als 1.000	Beteiligungen
	in %					Anzahl (= 100%)
Ungarn	17,3	18,8	39,6	22,0	2,2	404
Tschechische Republik	14,8	14,0	44,7	24,5	1,9	257
Polen	8,6	13,3	51,4	25,7	1,0	105
Slowakische Republik	6,9	20,8	37,6	33,7	1,0	101
Slowenien	19,4	31,3	28,4	20,9	0,0	67
Balkanstaaten <sup>1)</sup>	5,7	9,4	54,7	30,2	0,0	53
Baltische Staaten	10,0	10,0	70,0	10,0	0,0	10
Restliche Beitrittskandidaten <sup>2)</sup>	45,5	31,8	22,7	0,0	0,0	22
Sonstige MOEL	6,9	26,7	42,6	22,8	1,0	101
EU-15	23,5	19,4	42,2	14,3	0,6	664
Restliches Europa	42,8	21,4	31,7	4,1	0,0	145
Rest der Welt	25,9	21,0	39,9	12,3	0,8	243
Insgesamt	20,2	19,3	41,1	18,3	1,1	2.172

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Bulgarien, Rumänien.

<sup>2)</sup> Malta, Zypern, Türkei.

Annähernd jede fünfte österreichische Auslandsbeteiligung weist mehr als 100 Beschäftigte auf. In den Beitrittsländern fallen mehr als 25% in die Kategorie der größeren Beteiligungen, in der EU und im Rest der Welt sind es hingegen jeweils weniger als 15%. 16 der wirklich großen Beteiligungen mit mehr als 1.000 Beschäftigten liegen ebenfalls in den Beitrittsländern. Umgekehrt sind „beschäftigungsarme“ Beteiligungen mit 0 bis 1 Beschäftigten<sup>3)</sup> in den Beitrittsländern unterrepräsentiert. Auch hier fallen die Mittelmeerbeitrittsländer einerseits und die sonstigen MOEL aus ihrer jeweiligen Gruppe heraus. Erstere folgen eher dem Muster der Investitionen „im Westen“, während

- 1) Der Chi-Quadrat-Test prüft das Vorhandensein eines Zusammenhangs zwischen zwei nominalskalierten Variablen gegen die Nullhypothese einer rein zufälligen Häufigkeitsverteilung; die Prüfgröße Chisq ist X-quadratverteilt mit  $(n-1)*(m-1)$  Freiheitsgraden.
- 2) Ein parameterfreier Rangtest zur Prüfung der Hypothese, ob zwei unabhängige Stichproben aus einer gemeinsamen Grundgesamtheit stammen.
- 3) Maximal einen Beschäftigten gibt es ebenfalls bei einem Fünftel der Beteiligungen. Häufig handelt es sich dabei um Holdinggesellschaften.

Beteiligungen in den MOEL außerhalb des Kreises der Beitrittskandidaten diesen in ökonomischer Hinsicht sehr ähneln.

## 2.1 Direktinvestitionserträge

Direktinvestitionen könnten theoretisch zwar auch sinnvoll sein, wenn sie trotz ausgewiesener Verluste zur Gewinnsteigerung des Mutterunternehmens beitragen,<sup>1)</sup> im Normalfall wird man aber auch vom DI-Unternehmen selbst Erträge erwarten. Da die Neugründung von Unternehmen häufig mit Anlaufverlusten verbunden ist, erscheint es sinnvoll, einen Blick auf das Alter der Beteiligungen zu werfen.

Von den zum Jahresende 1999 bestehenden aktiven Beteiligungen wurden 7% vor dem Jahr der Ostöffnung (1989) erstmalig eingegangen. Sie lagen natürlich vorwiegend in Westeuropa, teilweise aber auch schon in Übersee. Überraschen mag eher die Tatsache, dass es schon vor dem Fall des Eisernen Vorhangs Auslandsbeteiligungen im so genannten Ostblock gegeben hat. Vor allem in Ungarn bestanden schon in den Achtzigerjahren Möglichkeiten zu Auslandsinvestitionen, wobei das Bauwesen, Hotelprojekte und Banken zu den Pionieren zählten, die bis heute „überlebt“ haben.

Tabelle 7

### Aktive Direktinvestitionen nach dem Jahr der erstmaligen Beteiligung zum Jahresende 1999

	Ungarn	Tsche- chische Republik	Restliche Beitritts- kandidaten	Beitritts- kandidaten insgesamt	Sonstige MOEL	EU-15	Restliches Europa	Rest der Welt	Insgesamt
Bis 1970	0	1	1	2	0	20	6	7	35
Bis 1980	0	0	1	1	0	40	13	19	73
Bis 1988	12	2	2	16	2	81	16	32	147
1989	21	3	2	26	0	42	5	9	82
1990	57	7	14	78	2	52	20	10	162
1991	62	26	25	113	2	50	6	9	180
1992	54	58	23	135	1	47	10	14	207
1993	38	44	48	130	6	51	6	8	201
1994	40	26	42	108	10	39	5	14	176
1995	34	21	41	96	7	47	11	22	183
1996	20	17	38	75	19	38	16	24	172
1997	22	18	46	86	18	47	10	20	181
1998	21	18	49	88	17	58	9	23	195
1999	23	16	26	65	17	52	12	32	178
Insgesamt	404	257	358	1.019	101	664	145	243	2.172

Quelle: OeNB.

Mit der Ostöffnung beginnen die Investitionen zunächst in Ungarn, mit einer Konzentration auf die Jahre 1990 bis 1992; nur wenig später, zwischen 1991 und 1994, liegt der Schwerpunkt der neuen Beteiligungen in der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik.<sup>2)</sup> Deutlich später, erst in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre, finden die meisten Beteiligungen in Polen, Bulgarien und Rumänien statt. Dies gilt auch für Transformationsökonomien außerhalb des Kreises der Kandidatenländer – wie Russland und die Ukraine, und in allerjüngster Zeit setzen auch DI in den Nachfolgestaaten

1 Man denke an die Möglichkeit der Verwendung von marktfernen Verrechnungspreisen im konzerninternen Handel oder einen verdeckten Gewinntransfer mittels Zahlung von Lizenz- oder Managementgebühren.

2 Beteiligungen in der ČSSR bzw. der ČSFR wurden nach der späteren Staatszugehörigkeit zugeordnet.

Jugoslawiens ein<sup>1)</sup> (Ausnahme ist Slowenien, wo schon seit 1991 investiert wird). Der Rückgang bei der Zahl neuer Beteiligungen in den Kandidatenländern steht nur scheinbar im Widerspruch zu den anhaltend hohen Investitionsströmen bzw. den Rekordinvestitionen der Jahre 2000 und 2001 in diesen Raum; zum einen werden die im Einzelfall investierten Summen größer, weil auch das Risiko – nicht zuletzt wegen des absehbaren EU-Beitritts – überschaubarer geworden ist, zum anderen werden natürlich auch erhebliche Mittel in den Ausbau bestehender Tochterfirmen in den Zielregionen investiert bzw. reinvestiert.

Die österreichischen Investitionen in die EU und das übrige Westeuropa verteilen sich eher gleichmäßig über die Jahre, einen zahlenmäßigen Anstieg beobachtet man in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre vor allem bei Beteiligungen *außerhalb* Europas. Da also sowohl *im* als auch *außerhalb* des Erweiterungsgebiets etwa die Hälfte der Beteiligungen bis einschließlich 1993 eingegangen worden ist, sollte ein Ertragsvergleich zwischen beiden Regionen durch das möglicherweise geringere Alter der Beteiligungen in den Kandidatenländern nicht mehr wesentlich gestört werden.

Bei den österreichischen Beteiligungen in den Kandidatenländern handelt es sich vorwiegend um Übernahmen oder um Beteiligungen an *bestehenden* Betrieben. Zwar gilt dies generell für *alle* österreichischen Auslandsbeteiligungen, da nur in 40% der Fälle „das Unternehmen unter Beteiligung des Investors neu gegründet“ wurde, in den Kandidatenländern ist der Anteil von Greenfield-Investments mit einem Drittel aber deutlich niedriger.<sup>2)</sup> Zu erklären ist dieses Faktum damit, dass eine Vielzahl von Beteiligungen durch die Teilnahme an Aktionen zur Privatisierung vormals verstaatlichter Firmen erfolgt ist. Gelegentlich kamen die notwendigen Restrukturierungsmaßnahmen allerdings durchaus einer Neugründung gleich.

Im Jahr 1999 haben die DI Österreichs in den Kandidatenländern bereits erhebliche Gewinne erbracht (Tabelle 8). Dies gilt für alle Beitrittsländer mit Ausnahme Bulgariens, Rumäniens und der Baltischen Staaten. Der gesamte Jahresertrag (ohne die im Bilanzgewinn enthaltenen Gewinn- und Verlustvorträge) belief sich auf 440 Mio EUR. Mehr als die Hälfte dieses Gewinns entfiel auf Beteiligungen in Ungarn, aber auch in der Tschechischen Republik, Polen, Slowenien und in der Slowakischen Republik konnte in Summe jeweils ein Gewinn in Höhe von 40 bis 60 Mio EUR erwirtschaftet werden. Aus diesen Jahresgewinnen errechnet sich eine mittlere *Eigenkapitalrendite* von 10,4%. Von den insgesamt 1.019 Beteiligungen in den Beitrittsländern blieben 703 oder beinahe 70% ohne Verlust.<sup>3)</sup>

1 Die zeitliche Abfolge hängt natürlich mit der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen in den einzelnen Transformationsländern zusammen; Polen und die Baltischen Staaten, die relativ früh für Auslandsinvestitionen offen waren, könnten jedoch als weiteres Argument für die Aussage „distance matters“ herangezogen werden.

2 Der Unterschied ist statistisch höchst signifikant ( $\text{Chisq} = 31,76$  bei 2 Freiheitsgraden). Greenfield-Investments erfolgen besonders häufig in Deutschland, der Schweiz und Italien.

3 Die abweichende Zahl „Gewinn bringender Beteiligungen“ in der laufenden Berichterstattung zu DI im Statistischen Monatsheft der OeNB, Heft 6/2001, ergibt sich daraus, dass dort der bilanzielle Jahresgewinn einschließlich allfälliger Vorträge aus früheren Jahren zur Klassifizierung herangezogen wird.

Damit war im Jahr 1999 die Ertragslage der DI im Erweiterungsgebiet sogar überdurchschnittlich gut. Der Anteil Gewinn bringender Beteiligungen *außerhalb* des Beteiligungsgebiets war um 2 Prozentpunkte niedriger. Der dort erwirtschaftete Gesamtertrag war mit 690 Mio EUR zwar höher, bezogen auf das wesentlich höhere Eigenkapital ergibt sich jedoch nur eine halb so hohe Eigenkapitalrendite von 5,7%.

Diese günstige Situation war jedoch nicht immer gegeben. Die Tabelle 8 zeigt den Ertragsverlauf seit Beginn der Ostöffnung. Zunächst waren die Eigenkapitalrendite und der Anteil Gewinn bringender Beteiligungen hoch, weil angesichts des hohen Risikos einer Investition in der Umbruchphase in erster Linie nur hoch profitable Projekte in Frage kamen. Mit der massiven Ausweitung der Aktivitäten sank die Rentabilität ab 1991 deutlich, und zwischen 1993 und 1995 entstanden sogar Nettoverluste. Der Anteil Verlust bringender Beteiligungen stieg in dieser Phase auf 45% an. In der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre verbesserte sich die Ertragslage jedoch wieder deutlich, und die Rentabilität ist seither höher als in Westeuropa und Übersee. Voraussetzung dafür war unter anderem ein Anstieg der Arbeitsproduktivität (Umsatz pro Beschäftigtem) im Primär- und Sekundärsektor von etwa 40.000 EUR auf zuletzt 70.000 EUR.<sup>1)</sup>

Tabelle 8

**Ertragslage der aktiven österreichischen Direktinvestitionen  
von 1989 bis 1999**

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
<i>Anzahl</i>											
Beteiligungen											
Insgesamt	895	1.189	1.239	1.340	1.562	1.698	1.796	1.897	2.020	2.078	2.172
Beitrittskandidaten	120	262	397	496	660	801	847	889	962	977	1.019
andere Länder	775	927	842	844	902	897	949	1.008	1.058	1.101	1.153
<i>davon mit Jahresgewinn<sup>1)</sup></i>											
Insgesamt	656	809	799	827	942	1.018	1.093	1.266	1.365	1.346	1.477
Beitrittskandidaten	105	210	266	316	380	441	458	573	638	603	703
andere Länder	551	599	533	511	562	577	635	693	727	743	774
<i>in Mio EUR</i>											
Gesamtertrag <sup>2)</sup>											
Insgesamt	156	193	-28	-229	-119	189	95	486	644	580	1.125
Beitrittskandidaten	7	20	20	9	-20	4	-18	155	288	330	437
andere Länder	149	173	-49	-239	-99	185	114	331	356	250	688
<i>in %</i>											
Eigenkapital- rentabilität <sup>3)</sup>											
Insgesamt	8,3	6,7	-0,8	-5,0	-2,1	3,1	1,4	5,9	6,1	4,6	6,9
Beitrittskandidaten	8,7	6,0	2,8	0,9	-1,3	0,2	-0,9	6,3	9,4	9,8	10,4
andere Länder	8,3	6,8	-1,6	-6,8	-2,4	4,3	2,4	5,8	4,7	2,7	5,7

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Einschließlich Nullfälle.

<sup>2)</sup> Jahresergebnis ohne Vorträge.

<sup>3)</sup> Jahresergebnis/(Eigenkapital minus Jahresergebnis).

1 Der Vergleichswert für die übrigen „westlichen“ DI liegt bei über 150.000 EUR.

In den Jahren 1991 bis 1993 haben die österreichischen DI in Summe über alle Länder Verluste verursacht. Die Ursache dafür waren – neben dem Konjunkturunbruch 1992/93 – vor allem auch einige Einzelfälle sehr großer Verluste in der EU und in Übersee. In nur vier Ländern konnten österreichische Tochterunternehmen in der Dekade von 1989 bis 1999 ausnahmslos Gewinne erzielen; neben der Schweiz und Luxemburg waren dies die zwei Beitrittskandidaten Malta und Ungarn.

### 3 Charakteristika der Investoren

Die bereits beschriebenen 2.172 Auslandsbeteiligungen Österreichs werden von 902 inländischen Unternehmen gehalten. Zur Erhebung allfälliger Unterschiede wurden die Investoren danach unterschieden, ob sie Beteiligungen in den Beitrittsländern, außerhalb der Beitrittsländer oder in beiden Regionen halten.

Tabelle 9

#### Investoren und Beteiligungen nach Zielregion

zum Jahresende 1999

Investoren mit Beteiligungen	Investoren	Beteiligungen	Beteiligungen pro Investor	Beschäftigte beim Investor	Beschäftigte pro Investor
Nur in Beitrittsländern	347	558	1'61	71.914	207'2
Nur außerhalb der Beitrittsländer	380	687	1'81	99.519	261'9
In beiden Regionen	175	927	5'30	86.825	496'1
Insgesamt	902	2.172	2'41	258.258	286'3

Quelle: OeNB.

Von den 902 österreichischen Mutterunternehmen halten 347 nur Beteiligungen *in* den Kandidatenländern, 380 halten nur *außerhalb* der Kandidatenländer Beteiligungen und 175 Investoren sind in beiden Regionen vertreten, wobei sie 461 Beteiligungen im EU-Erweiterungsgebiet und 466 außerhalb dieses Gebiets aufweisen. Schon aus definitorischen Gründen müssen Mutterunternehmen, die in mehr als einer Region tätig sein wollen, eine höhere Anzahl von Beteiligungen halten. Tatsächlich sind etwa zwei Drittel der auf *eine* Region konzentrierten Investoren mit einer einzigen Direktinvestition im Ausland vertreten und nur ein Bruchteil von ihnen hat mehr als drei Beteiligungen (7% in der Region der Beitrittsländer, 10% im Rest der Welt). Demgegenüber besitzen die Investoren, die in *beiden* Regionen vertreten sind, in 56% der Fälle vier oder mehr Auslandsbeteiligungen. Dass es sich dabei tendenziell um Großbetriebe handelt, lässt sich auch an den Beschäftigtenzahlen der Mutterunternehmen ablesen, die im Fall der mehrfach engagierten Investoren mehr als doppelt so viele Beschäftigte haben (beinahe 500 gegenüber 210 bzw. 260).

Eine Besonderheit österreichischer DI besteht in der Tatsache, dass ein nennenswerter Teil der aktiven DI von Unternehmen durchgeführt wird, die ihrerseits wieder Tochterunternehmen ausländischer Konzerne sind. Nach den aktuellsten verfügbaren Werten aus 1999 waren 194 österreichische Investoren, die an 489 ausländischen Tochterunternehmen beteiligt waren, ihrerseits

„ausländisch beeinflusst“.<sup>1)</sup> Vor allem kurz nach der Ostöffnung war die mögliche Rolle Österreichs bzw. Wiens als Brückenkopf für wirtschaftliche Aktivitäten in den Transformationsländern ein wichtiges Thema im wirtschaftspolitischen Diskurs.<sup>2)</sup> Dass Österreich diese Funktion nach wie vor wahrnimmt, lässt sich auch anhand der Daten aus dem Jahr 1999 nachweisen (Tabelle 10).

Tabelle 10

### Auslandseinfluss bei österreichischen Direktinvestitionen

zum Jahresende 1999

	Beteiligungen		Beschäftigte		ausländische	
	ausländisch beeinflusst <sup>3)</sup>	ausländisch kontrolliert <sup>4)</sup>	ausländisch beeinflusst <sup>3)</sup>	ausländische kontrolliert <sup>4)</sup>		
	Anzahl (= 100%)	in %	Anzahl (= 100%)	in %		
Ungarn	404	25	19	49.288	41	33
Tschechische Republik	257	27	21	32.934	38	31
Polen	105	30	28	14.487	37	36
Slowakische Republik	101	28	18	11.774	38	30
Slowenien	67	22	13	4.086	34	29
Balkanstaaten <sup>1)</sup>	53	34	30	6.041	32	30
Baltische Staaten	10	40	30	370	27	25
Restliche Beitrittskandidaten <sup>2)</sup>	22	14	9	217	19	19
Sonstige MOEL	101	25	18	9.127	33	23
EU-15	664	18	14	50.360	18	15
Restliches Europa	145	19	14	2.614	16	6
Rest der Welt	243	24	17	17.866	32	30
Aktive DI insgesamt	2.172	23	17	199.164	32	27
Beitrittskandidaten	1.019	26	20	119.197	39	32
Andere Länder	1.153	20	15	79.966	23	19

Quelle: OeNB.

<sup>1)</sup> Rumänien, Bulgarien.

<sup>2)</sup> Malta, Zypern, Türkei.

<sup>3)</sup> Am österreichischen Investor besteht eine direkte Auslandsbeteiligung von mehr als 10%.

<sup>4)</sup> Der österreichische Investor ist zu mehr als 50% in ausländischem Besitz.

Während insgesamt knapp 23% der aktiven Beteiligungen und 32% der im Ausland Beschäftigten ausländisch beeinflusst<sup>3)</sup> sind, ist der Anteil bei den Beitrittskandidaten signifikant höher (Chisq = 13,4 bei 2 Freiheitsgraden; sig < 0,1%). Gemessen an der Zahl der Beteiligungen ist ihre Bedeutung um 3, gemessen an der Zahl der Beschäftigten sogar um 7 Prozentpunkte höher als im Durchschnitt.<sup>4)</sup> Besonders *niedrig* ist hingegen der Auslandseinfluss bei DI in

- 1 Laut DI-Beilage zum Statistischen Monatsheft der OeNB, Heft 6/2001, Tabelle 25, bedeutet „ausländisch beeinflusst“ einen unmittelbaren Nominalkapitalanteil von mindestens 10%. Zielt man auf „ausländische Kontrolle“ bzw. einen Mindestanteil von 50% ab, so reduziert sich die „ausländische Kontrolle“ auf 153 Investoren mit 370 Tochterunternehmen. In beiden Fällen handelt es sich um eine Untergrenze, da die Kontrolle oder der Einfluss, die bzw. der über mehrere verbundene österreichische Unternehmen ausgeübt wird, im derzeit verwendeten Erhebungssystem nicht erfasst werden kann.
- 2 Siehe dazu Stankovsky (1996).
- 3 Altzinger (2000, S. 38) nennt solche DI „indirekte Direktinvestitionen“. Wir vermeiden diesen Ausdruck, um Verwechslungen in jenen Fällen vorzubeugen, wo ausländische Tochterunternehmen weitere Enkelfirmen besitzen, bzw. wo passive DI-Unternehmen Enkelfirmen in Österreich besitzen (siehe dazu Tabellen 11, 12, 17 und 18 im Statistischen Monatsheft der OeNB, Heft 6/2001). Meist werden solche Enkelfirmen als „indirekte DI-Unternehmen“ bezeichnet.
- 4 Dabei ist zu beachten, dass die Fusion der Bank Austria AG mit der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG erst im Jahr 2000 stattgefunden hat. Unter Berücksichtigung dieser Transaktion wären weitere 15.000 Beschäftigte in den Beitrittsländern zu den ausländisch beeinflussten bzw. kontrollierten DI-Unternehmen zu zählen.

der EU bzw. im restlichen Europa mit einem Auslandseinfluss von 18 bis 19% der Beteiligungen bzw. nur 16 bis 18% der Beschäftigten; in solchen Fällen scheint der „Umweg“ über Österreich weniger sinnvoll. Investitionen außerhalb Europas liegen zwischen den beiden Extremen, nahe dem Durchschnitt. Wiederum fällt auf, dass die DI in den Beitrittskandidaten *außerhalb* Osteuropas aus dem Rahmen fallen – sie entsprechen in ihren Charakteristika viel mehr den bestehenden Investitionen in der EU. Umgekehrt ist der Auslandseinfluss in Transformationsländern auch dann hoch, wenn sie einen Beitritt zur EU (noch) nicht anstreben (sonstige MOEL); trennschärfer hinsichtlich einer Brückenkopffunktion Österreichs wäre also tatsächlich eine Unterscheidung in West- und Osteuropa.

#### 4 Mögliche Beitrittsfolgen

Auch auf Grund der prominenten Rolle Österreichs als Ostinvestor<sup>1)</sup> ist die bevorstehende Osterweiterung der EU für Österreich von besonderem Interesse. Quantifizierbare Aussagen über die Folgen der Erweiterung für die österreichischen Investoren und deren Tochterunternehmen im Beitrittsraum sind jedoch kaum möglich. Prinzipiell senkt ein EU-Beitritt das Investitionsrisiko im betreffenden Land. Ein verstärkter Investitionsstrom wäre demnach zu erwarten. Die aktuellen Rekordwerte österreichischer DI in den Jahren 2000 und 2001 lassen sich so als Vorgriff auf den erwarteten Beitritt interpretieren. Breuss (2001) referiert modellgestützte Berechnungen, denen zufolge die verstärkte Nachfrage nach Kapital für Investitionen in den Beitrittsländern zu Zinssatzsteigerungen im Euroraum von 0,05 bis 0,2 Prozentpunkten und damit zu einem (schwachen) Crowding-Out-Effekt für die alten EU-Mitglieder führen könnte. Eben so gut könnte es jedoch zu einer bloßen Umlenkung aktiver DI aus dem Rest der Welt nach Osteuropa kommen. Eher nur geringe Effekte erwartet auch Altzinger, der vor allem darauf hinweist, dass es sich beim Privatisierungsprozess der Neunzigerjahre um einen einmaligen, nicht wiederholbaren Prozess gehandelt habe, der in den meisten Kandidatenländern schon zu einem Abschluss gekommen sei.

Theoretisch sollte die Integration der Beitrittskandidaten bzw. die Beseitigung tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse auch durch den zusätzlichen Handel zur Wohlfahrtssteigerung bei allen Beteiligten führen. Der makroökonomisch zu erwartende Nutzen wird jedoch nicht auf alle Akteure gleich verteilt sein, und es wird zweifellos auch Verlierer unter den Unternehmen der Beitrittsländer geben. Besonders gefährdet könnten – neben nicht wettbewerbsfähigen heimischen<sup>2)</sup> Betrieben – solche Unternehmen sein, die nur errichtet wurden, um Importrestriktionen zu umgehen. Solche Unternehmen verlieren ihren Standortvorteil durch den EU-Beitritt. Derartige Motive dürften aber bei Investitionen in den Beitrittsländern – nicht nur bei österreichischen Investoren – kaum eine Rolle gespielt haben, da die meisten in Frage kommenden Länder schon bald ein auf einen künftigen Beitritt orien-

1 Wollte man die Rolle Österreichs verbal charakterisieren, so könnte man sie als wichtigen Finanzdienstleister Mitteleuropas und gleichzeitig Brückenkopf multinationaler Konzerne für die Transformationsländer bezeichnen.

2 Gemeint sind damit Betriebe in den Kandidatenländern, die keinen ausländischen Eigentümer haben.

tiertes liberales Handelsregime befolgt hatten. Hinsichtlich des zu erwartenden verstärkten Wettbewerbs, dem sich die Unternehmen der Beitrittsländer ausgesetzt sehen werden, kann man davon ausgehen, dass gerade Unternehmen, die auf das Know-how und die Kapitalreserven westlicher Mutterunternehmen zurückgreifen können, erfolgreich bestehen werden.

Ein EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten könnte im Prinzip auch Auswirkungen auf die Rolle Österreichs als Brückenkopf haben. Transnationale Konzerne könnten künftig ihre Investitionen nicht über Österreich tätigen, sondern neue Standorte weiter östlich, aber immer noch in der EU, als regionale Konzernzentralen wählen. Diese Herausforderung für den Standort Österreich ist freilich nicht neu und die bekannten Standortvorteile, von der politischen Stabilität und der guten informations- und verkehrstechnischen Infrastruktur, über die kulturelle Nähe zu den Märkten, die verfügbaren Qualifikationen und steuerlichen Rahmenbedingungen bis zu den Soft Facts wie Freizeit- und Umweltqualität, bieten eine gute Basis auch für künftigen Erfolg im Standortwettbewerb. Zu größeren Verlagerungen regionaler Steuerungsfunktionen aus Österreich ist es bisher jedenfalls nicht gekommen. Die laufende Überprüfung und Anpassung der Rahmenbedingungen wird freilich zu einer permanenten Aufgabe, soll Österreich diese Rolle auch in Zukunft behaupten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass österreichische Unternehmen, die 1988 noch einen großen Rückstand bei der aktiven Internationalisierung aufwiesen, die Ostöffnung rasch und mit großem Erfolg für DI genutzt haben. Auch kleinere und mittlere Betriebe bekamen nun die Chance, in relativ naher Umgebung zu investieren. Die Erschließung neuer Märkte war das entscheidende Motiv, sodass es weder zur Substitution von Exporten noch zu merklichen Arbeitsplatzverlusten durch Produktionsverlagerungen gekommen ist. Die Investitionen erfolgten zumeist in Form von Übernahmen im Rahmen des Privatisierungsprozesses, und nach gewissen Anlaufschwierigkeiten sind die Tochterunternehmen in den Kandidatenländern heute überdurchschnittlich profitabel. Der absehbare Beitritt der Kandidatenländer zur EU wird – wenn auch in beschränktem Maße – weitere DI auslösen, vor allem aber wird er bestehenden DI-Unternehmen zusätzliche Impulse verleihen.

### Literaturverzeichnis

- Altzinger, W. et al. (2000).** Transnationale Direktinvestitionen und Kooperationen. Teilprojekt 5 von Preparity, Wien.
- Breuss, F. (2001).** Makroökonomische Auswirkungen der EU-Erweiterung auf alte und neue Mitglieder. In: Monatsberichte, Nr. 11, WIFO, Wien.
- Clement, W. (2001).** Handlungsfelder für die Zukunft der österreichischen Industrie. Wien.
- Dell'mour, R. (2000).** Direktinvestitionen Österreichs – Ergebnisse der Befragung 1998. In: Berichte und Studien, Heft 4, OeNB.
- Egger, P., Pfaffermayr, M. (2000).** Trade, Multinational Sales, and FDI in a Three-Factors Model. Working Paper, Linz.
- EUROSTAT.** European Union Direct Investment Yearbook, annually; New Cronos Database.
- Neudorfer, P. (1997).** The Opening of Central and Eastern Europe: The Case of Austrian Foreign Direct Investment. In: Focus on Transition, Heft 2, OeNB.
- Oesterreichische Nationalbank (2001).** Finanzmarktstabilitätsbericht, Heft 2, Dezember, Wien.
- Stankovsky, J., Wolfmayr-Schnitzer, Y. (1996).** Österreich als Standort für Ostzentralen. WIFO, Wien.
- UNCTAD (2001).** World Investment Report 2001. Genf.
- WIIW-WIFO Database (2002).** Foreign Direct Investment in Central and East European Countries and the Former Soviet Union. Wien.